



World Food Progr

**SUDAN IS ON ITS WAY
TO BECOMING THE
WORLD'S LARGEST
HUNGER CRISIS**

**RUNDBRIEF SUDAN/SÜDSUDAN
1/2024**

KOORDINATIONSGRUPPE 2054 SUDAN/SÜDSUDAN

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



INHALT

Sudan

Aktuelle Situation.....Seite 3-4

Chronik von Januar-Juni 2024 zu Politischer Lage, Humanitärer- und Flüchtlingsituation, MenschenrechtsverletzungenSeite 5-24

Südsudan

Chronik von Januar-Juni 2024.....Seite 24-27

Bild: Getty Images

Sudan

Aktuelle Situation Sudan

Militärische Lage:

Es wird nach wie vor gekämpft, wobei die SAF Port Sudan und den Osten sowie Teile von Khartoum halten. Umkämpft sind El Fasher in Darfur, die Provinz Sennar und die Städte Dinder und Sinja. Die RSF bewegen sich nach der Einnahme von Sinja möglicherweise in Richtung Osten nach Port Sudan. Es gibt Gerüchte, dass diese Entwicklung zu Nervosität in den ausländischen Botschaften und den internationalen Organisationen in Port Sudan führt.

Aus dem Bundesstaat Sennar sind 136.000 Menschen geflohen, die Stadt Kassala hat einen großen Flüchtlingsstrom zu verzeichnen.

Humanitäre Lage:

Es herrschen katastrophale Zustände; die Versorgung mit Lebensmitteln ist nicht flächendeckend gewährleistet, so dass große Teile der Bevölkerung hungern, obwohl die Regierung verspricht, in 'sicheren' Gebieten ausreichend Lebensmittel produzieren zu wollen. Die SAF werfen den RSF vor, Saatgutlieferungen zu be- bzw. verhindern. Viele Bauern sind inzwischen auf der Flucht, Getreidevorräte und große Bestände an Dattelpalmen sind in Flammen aufgegangen (Halfa). Hilfslieferungen werden regelmäßig geplündert und erreichen oft die Notleidenden nicht. Dabei üben sich SAF und RSF in gegenseitigen Schuldzuweisungen.

Die medizinische Versorgung ist fast vollständig zusammengebrochen, und es gibt eklatante Medikamenten-Engpässe. Durch die Regenzeit verschlimmert sich die Lage zusehends (Durchfallerkrankungen, Cholera, Typhus, Malaria und Dengue Fieber sind an der Tagesordnung).

An einen regelmäßigen Schul- oder Unibesuch ist in weiten Landesteilen nicht zu denken; inzwischen stehen 2 Jahrgänge ohne Schulabschlusszeugnisse da. Obwohl mancherorts versucht wird, online zu unterrichten, wird dies durch den häufigen Zusammenbruch des Internets sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich.

Angeblich erpressen die RSF in von ihnen besetzten Dörfern eine 'Steuer' von jedem Haushalt - für Treibstoff.

Die brutale gegen Frauen gerichtete Gewalt ist leider immer noch allgegenwärtig. Es wird immer wieder von Vergewaltigungen und Verschleppungen berichtet (auch in Flüchtlingslagern), auch steigt die Zahl der 'missing persons' stetig an.

Die "Emergency Lawyers" berichten von der Inhaftierung, Folterung, Verschleppung und Ermordung von Rechtsanwält*innen und Journalist*innen. In Sinja wurden ein Arzt und seine Familie von den RSF ermordet.

Lage der Flüchtlinge:

Hunderttausende von Flüchtlingen im Ausland sind besonders schwer betroffen.

Ägypten deportiert gezielt Geflüchtete zurück in den Sudan und überlässt sie ihrem ungewissen Schicksal, trotz massiver Kritik an dieser Vorgehensweise, u.a. auch seitens Amnesty International.

Die sudanesischen Flüchtlinge in Ethiopien haben durch Streiks auf ihre prekäre Situation aufmerksam gemacht.

In Amhara sind Flüchtlinge unter Lösegeldforderungen (3.000 Dollar) aus dem Lager entführt worden.

Im Tschad (Adre) sollte ein großes Flüchtlingscamp verlegt werden, wogegen die Flüchtlinge protestiert haben.

In Uganda wurden 500 sudanesische Flüchtlinge ins Gefängnis geworfen, weil sie - angeblich - keinen Aufenthaltstitel haben.

Laut UNHCR-Sudan sind 10 Millionen Menschen auf der Flucht, und da die Krise sich ausweitete, wird dringend mehr Hilfe eingefordert.

Die UN fordern 1,5 Milliarden Dollar für die Versorgung und Unterstützung von Sudanese*innen, die in andere Länder geflüchtet sind.

Vermittlungsbemühungen:

Eine 2-tägige Konferenz zum Sudan ist in Kairo zu Ende gegangen.

Ex-PM HAMDUK forderte:

- Beendigung des Krieges
- Überwindung der humanitären Krise
- Klare politische Zukunfts-Agenda

Auch der ägyptische Außenminister hat die sofortige Einstellung der Kämpfe gefordert und die Wichtigkeit der Einheit der SAF betont. Die Zukunft des Sudan müsse von allen Parteien gestaltet werden, die internationale Gemeinschaft solle dringend Maßnahmen ergreifen.

Malik Ajar, Jibril Ibrahim und Minnawi haben die Abschlusserklärung nicht unterschrieben.

Vom 10. - 15.7. findet in Addis Ababa die Konferenz der Afrikanischen Union zum Dialogprozess im Sudan statt.

Taqadam droht mit Blockade und die sudanesisch-kommunistische Partei sagt nein zum Dialogprozess.

Die UN schlagen Burhan Gespräche mit den RSF in Genf vor (10.7).

Burhan hat mehrfach betont, dass er nicht verhandeln wird: "Wir wollen den Zusammenbruch des Staates verhindern, sind zum Sieg entschlossen und werden nicht verhandeln."

Während Äthiopien seine Neutralität im Sudan-Konflikt betont, spricht sich Russland für eine friedliche Lösung aus.

Aus dem oben Genannten geht hervor, dass - trotz des internationalen Drucks und vielseitiger Bemühungen - die Beendigung des Krieges im Sudan leider nicht unmittelbar bevorzustehen scheint, wenn nicht in weite Ferne gerückt ist, und die Menschen weiterhin Unsägliches zu erleiden haben werden.

Vorab:

Leseempfehlung zum Thema, was geschah nach dem Fall von Al Bashir und wie sich haben die derzeitigen Machtbeziehungen im Sudan sich herausgebildet: <https://www.swp-berlin.org/publikation/machtbeziehungen-in-sudan-nach-dem-fall-bashirs>

Leseempfehlung zur Übersicht der Geschehnisse Oktober bis Dezember 2023: [Sudan timeline October-December 2023: War deepens Sudan's suffering - Dabanga Radio TV Online](#)

Februar/März 2024:

Stand Februar, OHCHR:

Der Sudan befindet sich in einer humanitären Krise. 25 Millionen Menschen, darunter 14 Millionen Kinder, sind seit dem Ausbruch der Kämpfe zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF) im April 2023 dringend auf Hilfe angewiesen. Die Krise hat zu einer Massenflucht geführt, mit geschätzten 9,05 Millionen Binnenvertriebenen, was etwa 13% aller Binnenvertriebenen weltweit entspricht. Mit fast 4 Millionen vertriebenen Kindern ist der Sudan mit der größten Kindervertreibungskrise der Welt konfrontiert.

Die Mehrheit der Binnengeflüchtete lebt in Gastgemeinden und „Sammelstellen“ unter katastrophalen Bedingungen und mit begrenzter Unterstützung durch internationale Hilfsorganisationen. Sie leiden unter schwerem Nahrungsmittelmangel, haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, medizinischer Versorgung, lebenswichtigen Medikamenten und sanitären Einrichtungen und sind mit der raschen Ausbreitung von Krankheiten konfrontiert. Im gesamten Sudan wurden fast 10.000 Verdachtsfälle von Cholera gemeldet, auch an Orten, an denen Binnenvertriebene Zuflucht gefunden haben.

Etwa 17,7 Millionen Menschen im Sudan, das sind 37% der Bevölkerung, leiden unter akutem Hunger. Der anhaltende Konflikt hat die bestehenden Spannungen zwischen den Gemeinschaften verschärft und das Risiko von Gewalt zwischen Aufnahmegemeinschaften und Binnenvertriebenen erhöht. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist nach wie vor eingeschränkt. Berichten zufolge sind 70-80% der Krankenhäuser aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitslage oder des Mangels an medizinischen Zentren in den Vertreibungsgebieten nicht betriebsbereit. <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/02/sudan-25-million-people-dire-humanitarian-need-say-un-experts>

Internationaler Einfluss

Die Ukraine und Russland führen einen Stellvertreterkrieg im Sudan. Ukrainische Agenten und russische Wagner-Söldner sind dort aktiv. Die Ukraine unterstützt die sudanesische Armee, während Russland die Rapid Support Forces (RSF) unterstützt. Präsident Selenskyj will den Export von sudanesischem Gold stoppen, das den russischen Krieg finanziert. Beide Länder bekämpfen sich nun auch in Afrika, wo Russland historische Bindungen hat und seinen Einfluss ausbaut. Die Ukraine versucht, diesen Einfluss zurückzudrängen. <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/ukraine-und-russland-fuehren-stellvertreterkrieg-was-wollen-putin-und-selenskyj-im-sudan-li.2184259>

Behinderung von (inter)nationaler Hilfe

Die sudanesischen Streitkräfte (SAF) und die schnellen Eingreiftruppen (RSF) sind seit Mitte April letzten Jahres in Kämpfe verwickelt, und mehr als ein Drittel der Bevölkerung leidet unter akutem Hunger. Der SAF-Befehlshaber Abdelfattah El Burhan erklärte in El Debbah, dass Hilfsgüter erst dann bereitgestellt werden, wenn der Krieg beendet und die kriminellen Rebellen besiegt sind. Der RSF-Befehlshaber Mohamed „Hemedti“ Dagalo beschuldigte die Port-Sudan-Gruppe, die Verteilung von über 70 % der humanitären

Hilfe zu verhindern, die in Port Sudan auf die Durchfuhr wartet. Es sollte jedoch erwähnt sein, dass beide für Behinderung von Hilfslieferungen verantwortlich sind.

Der Völkerrechtsexperte Motasim Ali bezeichnete die Äußerungen El Burhans, der die Einreise humanitärer Hilfe in den Sudan ablehnt, als Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte. Er wies ferner darauf hin, dass der UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen jede Partei verhängen könne, die die Ankunft von Hilfskonvois behindere. Das sudanesisches Hochkommissariat für humanitäre Hilfe bemüht sich weiterhin, den Transport von Hilfsgütern aus den Häfen von Port Sudan zu erleichtern. [Sudanese legal expert: hindering access to aid is crime against humanity - Dabanga Radio TV Online](#)

[Sudanese military strikes RSF blocking aid in North Darfur - Sudan Tribune](#)

[Sudanese legal expert: hindering access to aid is crime against humanity - Dabanga Radio TV Online](#)

[Sudan: Urgent Action Needed on Hunger Crisis | Human Rights Watch](#)

Verschwindenlassen

Acht sudanesische Menschenrechtsorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter das Sudanese Journalists Network und die Sudanese Lawyers Democratic Front, gaben am Donnerstag in einer Erklärung auf X bekannt, dass sie dem Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen in Genf Daten über das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen zur Verfügung gestellt haben. Die Daten über die Opfer des Verschwindenlassens im kriegsgebeutelten Sudan sollen auf der 79. Sitzung des Menschenrechtsrates vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen vorgelegt werden. Die Koalition unterstreicht die dringende Notwendigkeit, diesen Verbrechen Einhalt zu gebieten und den Verbleib von vermissten Personen, insbesondere von Frauen und Kindern, aufzuklären. Die sudanesische Gruppe für die Opfer des Verschwindenlassens hat einen Durchbruch erzielt, der es der Staatsanwaltschaft ermöglicht, Strafverfahren im Zusammenhang mit 451 vermissten Personen seit Ausbruch des Konflikts Mitte April 2023 einzuleiten. [Sudanese rights groups deliver enforced disappearance reports to UN - Dabanga Radio TV Online](#)

Tötungen

Das African Center for Justice and Peace Studies (ACJPS) verurteilt die rechtswidrige Tötung von Zivilisten durch die Rapid Support Forces (RSF) und ihre verbündeten Milizen in Ardamata, West-Darfur. Die Organisation erhielt im November 2023 ein 45 Sekunden langes Video, das fünf junge männliche Zivilisten zeigt, die in einer Reihe vor drei bewaffneten Männern in RSF-Uniform stehen. Die bewaffneten Männer eröffneten das Feuer auf die Zivilisten, töteten zwei von ihnen und verletzten zwei weitere. Der ACJPS leitete eine Untersuchung des Vorfalls ein, an der Forscher und Beobachter in drei Gebieten in West-Darfur, den Süd-Darfur-Staaten und der Stadt Adrie im Tschad beteiligt waren. Die RSF bestreitet eine Beteiligung an dem Vorfall. [West Darfur: Rapid Support Forces accused of killing civilians in Ardamata town - ACJPS](#)

Bei einem Luftangriff der sudanesischen Luftwaffe auf das Dorf El Hadra in den Nuba-Bergen in Südkordofan wurden mindestens 14 Menschen, überwiegend Kinder, getötet. Der Angriff, der sich hauptsächlich gegen Habila und die Dörfer El Hadra, El Kargal und El Geniziya Moro in Dalami richtete, führte zur Vertreibung von etwa 100 Familien. Die Sudanesische Volksbefreiungsbewegung-Nord (SPLN-N) verurteilte den Angriff aufs Schärfste und erklärte, er bestätige den grausamen Charakter der sudanesischen Streitkräfte (SAF) und ihre Feindseligkeit gegenüber der sudanesischen Zivilbevölkerung. Die SPLN-N-Hochburg El Hilu liegt in Kauda, an der Grenze zu Heiban und Kalogi in Südkordofan. Es ist nicht klar, ob der Luftangriff auf die RSF oder die SPLM-N abzielte, indem die Dörfer in Dalami bombardiert wurden. [SPLM-N condemns Sudanese Air Force bombing of Nuba village school - Dabanga Radio TV Online](#)

Die Nuba-Berge waren unter dem Regime von Al Bashir regelmäßig Ziel von Flächenbombardements. Weitere Informationen über die systematische Unterdrückung des Volkes und der Kultur der Nuba im Sudan finden Sie unter: <https://minorityrights.org/communities/nuba/>.

Human Right Defenders

„Menschenrechtsverteidiger des Monats: Aida Musa“

Aida Musa, eine Menschenrechtsverteidigerin aus den sudanesischen Nuba-Bergen, wurde durch den Glauben ihres Vaters an die Rechte von Mädchen/ Frauen und die Bedeutung von Bildung geprägt. Sie wurde 2005 Mitglied der Staatsversammlung von Süd-Kordofan und prangerte den Krieg zwischen den sudanesischen Streitkräften und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung an. Ihr Einsatz trug dazu bei, internationalen Druck gegen die Kämpfe zu mobilisieren, was zur Unterzeichnung des umfassenden Friedensabkommens führte. Doch 2011 kehrte im Sudan der Konflikt und Aida war gezwungen, den Sudan zu verlassen. Im Jahr 2012 lernte sie DefendDefenders kennen, die sie mit Ressourcen, Workshops und Schulungen unterstützten. Aida und ihre Kolleginnen aus dem Sudan gründeten Sudanese Women for Peace and Development, eine Solidaritäts- und Unterstützungsorganisation für sudanesische Flüchtlingsfrauen in Kampala. [Human Rights Defender of the month: Aida Musa - DefendDefenders](#)

Sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt

Das African Center for Justice and Peace Studies (ACJPS) dokumentiert die Erfahrungen von Frauen und Mädchen im Sudan, die sexueller Gewalt durch Kriegsparteien ausgesetzt waren.

Im Zeitraum zwischen dem 13. November und dem 20. Dezember 2023 wurden mindestens 33 weibliche Binnenvertriebene, die im Lager Kalma in Süd-Darfur leben, außerhalb des Lagers sexueller Gewalt ausgesetzt, darunter auch Kinder. Man geht davon aus, dass die Zahl höher ist, aber viele Fälle werden aufgrund der Stigmatisierung und des Zusammenbruchs der Institutionen verheimlicht.

Die sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist seit April 2023 eskaliert, als der bewaffnete Konflikt zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und der RSF eskalierte. Die RSF hat sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen als eines der Mittel der Kriegsführung in ihrem Konflikt mit den sudanesischen Streitkräften (SAF) eingesetzt. Frauen und Mädchen, die innerhalb des Landes vertrieben wurden, sind in

provisorischen Unterkünften, bei der Suche nach einem Lebensunterhalt, an Grenzübergängen oder auf der Flucht zwischen verschiedenen Staaten besonders gefährdet, Opfer sexueller Gewalt zu werden. [South Darfur: At least thirty-three female IDPs including children from Kalma Camp sexually violated by RSF and allied militia - ACJPS](#), [Sudan: rape, sexual violence and war crimes, according to the UN | Africanews](#)

Internationale Angelegenheiten

Die EU kündigt ein Migrationsabkommen mit Ägypten an, das auf die Schaffung von „Stabilitätsankern“ und die Achtung der Grund- und Menschenrechte abzielt. Im Rahmen des Abkommens werden 7,4 Milliarden Euro über vier Jahre fließen, mit Darlehen in Höhe von insgesamt fünf Milliarden Euro. Die EU leistet Finanzhilfe im Gegenzug für Zusagen, dass das Partnerland die Migration nach Europa einschränkt. Die Befürworter des Migrationsabkommens argumentieren, dass die EU Stabilität schaffen und die Grund- und Menschenrechte achten will, während sie gleichzeitig neue Migrationsrouten verhindert. Der deutsche Regierungsvertreter Joachim Stamp verteidigte die verstärkte Zusammenarbeit der EU mit Ägypten und erklärte, es sei wichtig, Ägypten, das Millionen von Geflüchteten aufgenommen hat, zu helfen und die gleichen Fehler zu vermeiden, die zur Flüchtlingskrise 2015 geführt haben. Kritiker argumentieren, dass die EU keine Kontrolle über den Geldfluss hat, die Menschenrechte oft übersehen werden und Deals mit Diktatoren eher Teil des Problems als der Lösung zur Beseitigung von Fluchtursachen sind. Das neue Abkommen wird auch von Menschenrechtsaktivisten kritisiert, die glauben, dass der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi aufgrund seiner Militärdiktatur und der Unterdrückung der Opposition kein geeigneter Kooperationspartner ist. [Was die EU mit Migrationsabkommen bezweckt](#) , Deutschlandfunk, [Surge of Sudanese refugees in Libya raises concerns of sea migration - Sudan Tribune](#) , [Der Tag: Krieg im Sudan - Was geht uns das an? | hr-iNFO | Der Tag](#), [jungle.world - Schattenmenschen: Sudanesische Flüchtlinge in Libyen](#)

Vertreibung und Zuflucht

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) hat berichtet, dass 10,7 Millionen Menschen durch Konflikte im Sudan vertrieben wurden, davon neun Millionen innerhalb des Landes. Die meisten dieser Menschen sind in die Nachbarländer geflohen, wobei der Tschad mit 37% die meisten Ankömmlinge aufnimmt. Die Situation verschärft sich durch den anhaltenden Konflikt, der über sechs Millionen Menschen vertrieben hat, zusätzlich zu den drei Millionen, die bereits innerhalb des Sudans vertrieben wurden. Die IOM ruft zu verstärkten internationalen Bemühungen auf, um die humanitäre Hilfe für die größte Vertreibungskrise der Welt zu verstärken. [Dire Plight of More Than 10 Million Now Displaced by Conflicts in Sudan Must Not be Ignored | International Organization for Migration](#) , [Sudan-Konflikt befeuert die größte Verdrängung der Welt | Human Rights Watch](#), [Sudan: UN struggles to cope with thousands of daily arrivals in South Sudan transit camps | UN News](#)

Waffenhandel

Das UN-Expertengremium veröffentlicht einen Bericht, in dem das Blutvergießen in Darfur seit Beginn des Krieges zwischen den Sudan Armed Forces (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF) im April letzten Jahres

detailliert beschrieben wird. Der Bericht zeigt, dass die RSF neue Waffen und Rüstungsgüter eingesetzt haben, was sich auf das Kräftegleichgewicht vor Ort auswirkt. Das Gremium ermittelte drei Haupttrouten für den Waffennachschub der RSF über den östlichen Tschad, das südliche Libyen und die Zentralafrikanische Republik (ZAR), wobei Berichten zufolge auch Treibstoff aus dem Südsudan geschmuggelt wurde. Der Bericht stellte außerdem fest, dass bis zu 50 Unternehmen, die mit der RSF verbunden sind, die Truppe finanzieren. Der Bericht empfiehlt dem UN-Sanktionsausschuss, die Konfliktparteien daran zu erinnern, sich an das humanitäre Völkerrecht und die Waffenembargomaßnahmen zu halten. [UN Panel of Experts reports on 'the worst violence in Darfur since 2005' - Dabanga Radio TV Online, UAE denies sending weapons to Sudan's RSF paramilitary: Report | News | Al Jazeera](#)

Erklärung zu Kriegsverbrechen

Nach Ansicht des Chefanklägers des Internationalen Strafgerichtshofs, Karim Khan, begehen die sudanesischen Armee (SAF) und die paramilitärischen Kräfte, die Rapid Support Forces (RSF), Kriegsverbrechen in Darfur. Khan leitete im Juli eine Untersuchung der Kriegsverbrechen in dem wiederaufgeflamten Konflikt ein und berichtete dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, dass er „Grund zu der Annahme“ habe, dass in der westlichen Region Verbrechen entsprechend dem Römischen Statut begangen werden. Khan forderte die vom Militär geführte sudanesischen Regierung auf, den Ermittlern des IStGH Visa für die mehrfache Einreise zu erteilen und auf 35 Hilfsersuchen zu reagieren. [ICC accuses Sudan and rebels of Darfur war crimes | Conflict News | Al Jazeera](#)

Angriffe auf Journalisten

Das Sudanesisches Journalistennetzwerk (SJN) kritisiert die gezielte Verfolgung von Journalisten durch die sudanesischen Streitkräfte (SAF) und die Rapid Support Forces (RSF). Der SJN hat die sofortige und bedingungslose Freilassung des Chefredakteurs von El Midan und seines Bruders gefordert, die von einer RSF-Einheit in Khartoum festgehalten werden. Das SJN macht beide Kriegsparteien für die Inhaftierung von Journalisten und Zivilisten verantwortlich, die sie als Geiseln halten. Der SJN weist auch den Vorwurf zurück, die Journalisten würden für eine der beiden Seiten spionieren. Der SJN legt den Fall der UN-Untersuchungsmission für den Sudan vor. [Sudanese Journalists Network condemns violence against reporters - Dabanga Radio TV Online, The New Humanitarian | A Sudanese journalist describes the horrors of a war she cannot cover](#)

Es gibt weiterhin große Herausforderungen bei der Lieferung von humanitärer Hilfe in den Sudan. Die Schließung des Grenzübergangs zwischen dem Tschad und dem Sudan und die Schwierigkeiten beim Transport von Hilfsgütern hindern weiterhin Hilfe daran ihr Ziel zu erreichen. Die UNO fordert die Wiedereröffnung der Grenzen und eine sichere Durchreise für die Helfer. [Chad-Sudan border crossing challenges hamper humanitarian efforts - Dabanga Radio TV Online](#)

April 2024:

Vorab:

Amnesty International stellt in dem Bericht "My Sudan, Memories of life before the war in Sudan" Einzelschicksale vor, die Berichten wie der Krieg ihr Leben verändert hat [My Sudan - Amnesty International](#)

International

Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf den Konflikt zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF) im Sudan ist nach Ansicht von Amnesty International, Sudan Democracy First Group und NGO International Film Festival unzureichend. Die Menschen im Sudan wurden vernachlässigt und ignoriert. Die diplomatischen Bemühungen waren nicht in der Lage, die Menschenrechtsverletzungen zu beenden, die Zivilbevölkerung zu schützen, humanitäre Hilfe zu leisten (der Appell der UNO wurde nur zu 5% finanziert) oder die Täter von Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Die Afrikanische Union hat keine Führungsstärke gezeigt und keine konkreten Maßnahmen ergriffen, um das Ausmaß und die Schwere des Konflikts zu bekämpfen. Der UN-Menschenrechtsrat hat im Oktober 2023 eine Untersuchungskommission zum Sudan eingesetzt, die jedoch aufgrund eines Einstellungsstopps bei der UNO derzeit nicht in der Lage ist, ihr Mandat zu erfüllen. [Sudan: One year since conflict began, response from international community remains woefully inadequate - Amnesty International](#)

Auf der Pariser Konferenz zu humanitären Fragen im Sudan, die am ersten Jahrestag des Kriegsausbruchs im Sudan stattfand, waren viele sudanesishe Gäste anwesend, aber die bewaffneten Parteien waren nicht vertreten. Ziel der Konferenz war es, wichtige humanitäre und politische Fragen anzusprechen, wobei Politiker, Akademiker und Aktivisten der Zivilgesellschaft teilnahmen. Der sudanesishe Schriftsteller und politische Analyst Fayez El Selik ist der Ansicht, dass die Konferenz eine Rückkehr der sudanesischen Angelegenheiten darstellt, während der sudanesishe Journalist und Medienprofi Khaled El Tijani eine Fortsetzung der Konferenz forderte. Es gab jedoch auch kritische Stimmen, darunter Salwa Adam, die Beauftragte für humanitäre Hilfe des Sudan, die die Abwesenheit der sudanesischen Streitkräfte und der schnellen Eingreiftruppen bedauerte.

Das sudanesische Außenministerium verurteilte die humanitäre Konferenz in Paris, an der Frankreich, Norwegen, das Vereinigte Königreich, die USA und die Europäische Union teilnahmen, dafür, dass sie sich ohne Konsultation oder Beteiligung der Regierung mit dem Sudan befasst und erklärte, der Sudan sei ein unabhängiger und souveräner Staat. [Paris conference 'returns Sudan's issues to the forefront' - Dabanga Radio TV Online, Sudan Foreign Ministry voices 'astonishment and condemnation' over Paris conference - Dabanga Radio TV Online](#)

Die internationale Geberkonferenz in Paris hat mehr als zwei Milliarden Euro an Hilfe zugesagt. Der französische Präsident Emmanuel Macron gab dies am Ende der Konferenz bekannt, nannte aber keinen Zeitrahmen. [Geberkonferenz mobilisiert zwei Milliarden Euro für den Sudan | tagesschau.de](#)

Amnesty International veröffentlicht einen Bericht, der die Reaktion der EU auf den anhaltenden Konflikt im Sudan beleuchtet, der sich im April 2024 zum ersten Mal jährt. Der Bericht hebt die schwere humanitäre Krise und die weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen hervor, die durch den Konflikt zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF) verursacht wurden. Die Krise führte zu mehr als 14.700 Todesopfern und 10,7 Millionen Vertriebenen und ist damit die größte interne Vertreibungskrise der Welt. Amnesty International weist auf das Ausmaß der schrecklichen Kriegsverbrechen, der gezielten Angriffe auf Zivilisten, der sexuellen Gewalt und der Zerstörung der Infrastruktur hin. Die EU wird aufgefordert, angemessen zu reagieren und Druck auf die Kriegsparteien auszuüben, damit diese die Feindseligkeiten einstellen und den humanitären Zugang gewährleisten. Zu den Empfehlungen an die EU gehören, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, um die Angriffe auf die Zivilbevölkerung zu beenden, die Soforthilfe für humanitäre Bemühungen zu erhöhen, die UN-Ermittlungsmission zu unterstützen, Mechanismen zur Rechenschaftslegung einzurichten, Menschenrechtsaktivisten zu schützen und sichere Wege für Geflüchtete zu schaffen. [Amnesty-International-Sudan-EU-must-step-up-response-at-one-year-mark-of-catastrophic-war-8-April-2024-online.pdf](#)

Der gemeinsame Brief von Human Rights Watch, Amnesty International und anderen Nichtregierungsorganisationen fordert die EU auf, unverzüglich Maßnahmen gegen den Konflikt im Sudan zu ergreifen, der zu erheblichen Opfern unter der Zivilbevölkerung und zu einer schweren humanitären Krise geführt hat. Das Schreiben fordert die EU auf, mit den Kriegsparteien zusammenzuarbeiten, um die Angriffe auf Zivilisten zu beenden, die humanitäre Hilfe zu erhöhen, Mechanismen zur Rechenschaftslegung zu unterstützen und Menschenrechtsaktivisten zu schützen. Er unterstreicht die Notwendigkeit dringender und strategischer Maßnahmen, um die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen zu bekämpfen und die betroffene Bevölkerung im Sudan zu unterstützen. [Joint Letter: The EU Must Urgently Act At One Year Of Conflict In Sudan | Human Rights Watch](#)

Ein vergessener/ ignoriertes Konflikt:

Geflüchtete in Deutschland kritisieren die fehlende Aufmerksamkeit für den Sudankonflikt. Sie kritisieren den Mangel an globaler Medienberichterstattung und internationalen Maßnahmen und betonen, dass der Konflikt nicht nur ein internes Problem ist, sondern durch externe Einflüsse verschärft wird. Geflüchtete erzählen ihre persönlichen Geschichten von Verlust und Vertreibung und fordern mehr internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung. [Sudanese refugees in Germany decry forgotten war – DW – 04/21/2024](#) , [Sudan: Geflüchtete in Deutschland beklagen vergessenen Krieg – DW – 23.04.2024](#) , [Sudan: Krieg, Hunger und Gleichgültigkeit - Die ganze Doku | ARTE](#)

„How (Not) to Talk About the War in Sudan“ des Deutschen Instituts für Internationale Politik kritisiert gängige, vereinfachende Darstellungen des Sudan-Konflikts. Er unterstreicht die Notwendigkeit eines nuancierten Verständnisses, das über reduktive Bezeichnungen wie „vergessener Konflikt“ oder „Krieg zweier Generäle“ hinausgeht. Er hebt hervor, wie die Unkenntnis der komplexen Dynamik und der

unterschiedlichen Akteure, die in den Krieg verwickelt sind, eine wirksame Berichterstattung und politische Entscheidungsfindung untergräbt.

Er macht deutlich, dass der Konflikt eher ein ignoriertes als ein vergessener Konflikt ist, und nennt als Beispiel die Berichterstattung in den Medien. Das deutsche Bundeskanzleramt hat die Ukraine im vergangenen Jahr in 190 Pressemitteilungen erwähnt, während der Sudan nur dreimal erwähnt wurde. Die New York Times hat fast 10-mal mehr Artikel veröffentlicht, in denen Gaza erwähnt wurde, und 13 Mal mehr Artikel, in denen die Ukraine erwähnt wurde, als solche, in denen der Sudan erwähnt wurde. Darüber hinaus konnte der UN-Aufruf für die besetzten palästinensischen Gebiete zu 104% Finanzierung einstreichen, während der Aufruf für den Sudan 2024 mit weniger als 6% finanziert wurde, bevor auf der Pariser Konferenz am 15. April weitere 2 Milliarden US-Dollar zugesagt wurden. [How \(Not\) to Talk About the War in Sudan - Stiftung Wissenschaft und Politik](#)

Tötungen

Das ACJPS berichtet über das Leid der Bewohner des Bundesstaates Aljazeera im Zentralsudan, das von den Rapid Support Forces (RSF) und verbündeten Milizen verursacht wird. Nach anfänglicher Ruhe verschlechterte sich die Sicherheitslage in dem Bundesstaat ab Dezember 2023. Es gab Berichte über Menschenrechtsverletzungen wie Gewalt, Plünderungen und Zwangsvertreibungen durch die RSF und die Miliz. Die Region, einst ein landwirtschaftliches Zentrum (65% der Baumwollproduktion im Sudan), beherbergt heute Millionen von Binnenvertriebenen aus anderen Konfliktgebieten. [Central Sudan: Residents of Aljazeera State suffer at the hands of RSF and allied militia - ACJPS](#)

Die Gewalt in El Fasher (2 Millionen Einwohner), Darfur, eskaliert. Hier haben die jüngsten Kämpfe zum Niederbrennen mehrerer Dörfer geführt und zahlreiche zivile Opfer gefordert. An dem Konflikt sind die sudanesischen Streitkräfte (SAF), die Rapid Support Forces (RSF) und verbündete Milizen beteiligt. In den Berichten ist von schweren Gräueltaten die Rede, darunter Hinrichtungen im Schnellverfahren, sexuelle Gewalt und die Zerstörung von Eigentum, wobei insbesondere nicht-arabische Zivilisten betroffen sind. [Civilians at Risk as Large-Scale Fighting Looms in Darfur | Human Rights Watch](#)

Der ehemalige sudanesischer Premierminister Abdallah Hamdok und 48 Mitglieder der Taqaddum-Koalition werden mehreren schweren Verbrechen angeklagt, darunter Kriegsführung gegen den Staat, Anstiftung zum Hass gegen den Staat, Untergrabung der verfassungsmäßigen Ordnung und Weitergabe militärischer Informationen. Auf diese Anklagen, die von der Staatsanwaltschaft in Al Nohud, West Kordofan, erhoben wurden, steht die Todesstrafe. Die Angeklagten haben sich aktiv an den Friedensverhandlungen zur Beendigung des anhaltenden Konflikts im Sudan beteiligt. [Sudan: Anti-war figures including former prime minister Hamdok charged with crimes that carry the death penalty - ACJPS](#)

Fünf Jahre nach dem Sturz des sudanesischen Präsidenten Omar Al Bashir gedenken Aktivisten der Revolution vom April 2019 mit einer digitalen Protestaktion unter dem Motto „Dieses Land gehört uns“. Sie betonen die Bedeutung der Revolution und ihre friedlichen Prinzipien und propagieren den Slogan „Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit“. Trotz der Schwierigkeiten, physische Märsche zu organisieren, haben sie eine

„Millionen-Botschafter-Kampagne“ in den sozialen Medien gestartet, die den anhaltenden Geist und die Forderungen nach einer zivilen Regierung im Sudan hervorhebt. [Five years after Al Bashir overthrow, 'flame of Sudan revolution will not be extinguished' - Dabanga Radio TV Online](#)

UN-Generalsekretär António Guterres erklärt, dass wahllose Angriffe auf Zivilisten im Sudan Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen könnten. Er weist auf die schwerwiegenden Auswirkungen des anhaltenden Konflikts hin, darunter zehntausende Tote, 18 Millionen Menschen, die unter akutem Hunger leiden, sowie die Anwendung sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Guterres verurteilt Angriffe auf Hilfskonvois und äußert seine tiefe Besorgnis über die eskalierende Gewalt in Darfur, insbesondere in El-Fasher, die die humanitäre Krise zu verschärfen droht und möglicherweise zu Konflikten zwischen den Gemeinden führt. ['Crimes against humanity' may have been committed in Sudan, says UN chief | Conflict News | Al Jazeera](#)

Das ACJPS berichtet von anhaltenden Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger und Aktivisten durch sudanesischen Sicherheitskräfte. Menschenrechtsverteidiger werden verhaftet und inhaftiert, ohne Zugang zu ihren Familien oder einem Rechtsbeistand, und es wird befürchtet, dass sie gefoltert und misshandelt werden. Der Bericht hebt dokumentierte Fälle hervor, in denen Menschenrechtsverteidiger wegen ihrer Arbeit verfolgt wurden, und fordert dringende Aufmerksamkeit für das Wohlergehen und die Rechte der Inhaftierten (10 werden namentlich genannt). [Sudan War: The continued targeting of human rights defenders and activists by security forces - ACJPS](#)

Humanitäre Situation

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) hat zum ersten Mal seit Monaten erfolgreich Nahrungsmittelhilfe nach Darfur geliefert, die für 250.000 Menschen ausreicht. Trotzdem droht der Region aufgrund des anhaltenden Konflikts zwischen dem sudanesischen Militär und den Rapid Support Forces eine „Hungerkatastrophe“. Die letzte Getreideernte in Darfur lag 78% unter dem Durchschnitt, und das WFP warnt vor einer noch nie dagewesenen Hungersnot und Unterernährung, wenn nicht mehr Hilfe geleistet wird. Anhaltende Kämpfe und Grenzsicherungen behindern weiterhin die humanitären Bemühungen. [Sudan: Darfur receives first food aid deliveries in months – DW – 04/05/2024](#)

Zwischen Januar und März 2024 hat sich der Sudan aufgrund des anhaltenden Konflikts zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF) zur weltweit größten humanitären Krise entwickelt. Die Gewalt hat Tausende von zivilen Opfern gefordert und Millionen Menschen vertrieben. Die humanitären Bemühungen werden durch Sicherheitsprobleme und logistische Herausforderungen stark behindert, so dass viele Menschen ohne lebenswichtige Hilfe bleiben. Trotz internationaler Verurteilung und der Forderung nach einem Waffenstillstand reicht die globale Reaktion nicht aus, um das Ausmaß der Krise zu einzudämmen. [Sudan timeline January-March 2024: Sudan becomes 'the largest humanitarian crisis in the world' - Dabanga Radio TV Online](#), [Millionen Menschen sind im Sudan vom Hungertod bedroht | tagesschau.de](#), [Krieg im Sudan: Der Hunger der Millionen - Rosa-Luxemburg-Stiftung](#), [Afrika: Bürgerkrieg im Sudan: „Eine der schwersten humanitären Krisen weltweit“ | IPG Journal](#)

Zeugenberichte

Ein neues Buch mit dem Titel *The Children's Drawings* (Die Zeichnungen der Kinder) beleuchtet das Trauma, das sudanesischen Kinder durch ihre Kunstwerke erlitten haben. Die von Kindern im Alter von 6 bis 18 Jahren angefertigten Zeichnungen zeigen Gewaltszenen aus Konfliktgebieten wie Darfur und den Nuba-Bergen. Das von Waging Peace herausgegebene Buch hebt die anhaltenden Gräueltaten und die Widerstandsfähigkeit der sudanesischen Gemeinschaften, insbesondere der Frauen, hervor. Auf der Auftaktveranstaltung in London wurde dringend internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung gefordert, um die humanitäre Krise zu bewältigen und die lokale Zivilgesellschaft zu stärken.

<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudans-silent-suffering-captured-in-childrens-drawings>

Sudanesischen Geflüchtete, die vor dem Konflikt in den Tschad geflohen sind, berichten von ihrer erschütternden Reise und ihr Weg zu einem neuen Leben. Allahwiya Attahir, eine junge Witwe, engagiert sich in der humanitären Hilfe. Djimié Abakar Yacoub gründete mit Hilfe von HIAS ein kleines Unternehmen, nachdem ihr Mann auf der Flucht gestorben war. Aché Juma Yaya nutzt ihre Erfahrungen, um sich gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu engagieren. Die Geschichten verdeutlichen die Widerstandsfähigkeit der Geflüchteten inmitten von Widrigkeiten und die wichtige Rolle der humanitären Hilfe in den Flüchtlingslagern im Tschad. [In Their Own Words: Refugees Mark Flight from Sudan to Chad | HIAS](#) , [The New Humanitarian | A mutual aid volunteer reflects on a year of war in Sudan](#)

Flucht

Nach Angaben des libyschen Parlaments sind 40.000 Menschen aus dem Sudan vor dem Konflikt in die libysche Stadt Kufra geflohen. Gesundheitsminister Othman Abdel Jalil besuchte die vertriebenen Bürger und schätzte die Zahl auf etwa 40.000. Medizinische Teams führen Untersuchungen und Tests durch, um Krankheiten zu diagnostizieren und die medizinische Versorgung sicherzustellen. [40,000 Sudanese have fled to Libya due to war – Middle East Monitor](#)

The Humanitarian berichtet über einen verdeckten Plan Ägyptens, Tausende von sudanesischen Geflüchteten zu inhaftieren und zu deportieren. Der Artikel wirft ein Licht auf die verdeckten Taktiken der ägyptischen Behörden, die Festnahmen, Inhaftierungen und Zwangsdeportationen sudanesischer Asylbewerber umfassen, die oft gegen internationales Recht verstoßen. Dies zeigt die harte Realität, mit der diese Geflüchteten konfrontiert sind, die willkürlich inhaftiert, misshandelt und ohne ein ordentliches Verfahren deportiert werden. The Humanitarian wirft internationalen Akteuren wie der Europäischen Union Komplizenschaft vor, die Ägyptens Bemühungen zur Migrationskontrolle trotz der Bedenken über Menschenrechtsverletzungen unterstützen. [The New Humanitarian | How Egyptian authorities are deporting thousands of Sudanese refugees](#) , [Desperate Sudanese refugees in Amhara demand evacuation to a safer area - Dabanga Radio TV Online](#)

Verschwindenlassen

Die Missing Initiative, eine sudanesische zivilgesellschaftliche Gruppe, hat seit dem Konflikt zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) 990 Fälle von erzwungenem Verschwinden gemeldet. Die Gruppe hat Berichte über fünf bis 10 vermisste Kinder pro Monat erhalten. Der letzte Bericht, der im August 2023 veröffentlicht wurde, listet 637 Fälle von Vermissten auf, von denen 16 tot aufgefunden und 44 mit ihren Familien wiedervereint wurden. Die Initiative wies auch darauf hin, dass es aufgrund der gesellschaftlichen Stigmatisierung schwierig ist, Fälle von sexueller Gewalt zu dokumentieren. Die Gruppe berichtete auch von über 700 Gefangenen, die während der Besetzung der RSF im Gebäude der Nationalen Radio- und Fernsehgesellschaft gefangen gehalten wurden.

Internationale Organisationen haben zu humanitärer Unterstützung, zur Erleichterung der Kommunikation zwischen den Inhaftierten und ihren Familien sowie zu einer umfassenderen Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden aufgerufen. ['At least 990 cases of enforced disappearance in Sudan conflict' - Dabanga Radio TV Online](#)

Recht auf Bildung

Ein von 61 Parteien und Organisationen im Sudan unterzeichnetes Memorandum wurde den sudanesischen Streitkräften, den schnellen Eingreiftruppen, den Vereinten Nationen und internationalen Organisationen vorgelegt. In dem Memorandum wird auf die verheerenden Auswirkungen des Krieges auf den sudanesischen Bildungssektor hingewiesen. Schulen und Büros sind beschädigt und über 11 Millionen Schüler ohne Unterricht. Das Memorandum fordert außerdem die sofortige Beendigung des Krieges, um Sicherheit und ein sicheres Umfeld für die Wiederaufnahme des Unterrichts zu gewährleisten. Die Lage in Süd-Kordofan ist katastrophal. [Teachers call for education to resume in Sudan - Dabanga Radio TV Online](#)

Sexualisierte Gewalt

Die sudanesische Fraueninitiative (SIHA Network) hat berichtet, dass sexualisierte Gewalt während eines bewaffneten Konflikts als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angesehen werden kann. Die Gewalt hat sich von Khartoum, West- und Süd-Darfur auf El Gezira, Sennar, Süd-Kordofan und Nord-Darfur ausgeweitet. SIHA stellt fest, dass die Auswirkungen der Gewalt nicht nur Frauen und Mädchen betreffen, sondern auch Männer und Jungen, Familien, Gemeinden und künftige Generationen des sudanesischen Volkes. Das Netzwerk hat 14 von 244 dokumentierten Fällen von ungewollten Schwangerschaften festgestellt, glaubt aber, dass dies nur ein kleiner Teil der tatsächlichen Zahlen ist. Der fehlende Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und die Unmöglichkeit, das Vergewaltigungsprotokoll innerhalb des vorgesehenen Zeitrahmens von 72 Stunden zu erhalten, verschlimmern die Häufigkeit ungewollter Schwangerschaften. Die SIHA ruft zur internationalen Zusammenarbeit auf, um sicherzustellen, dass das humanitäre Recht und die Menschenrechte im Sudan eingehalten werden. [SIHA Network reports on 'the aftermath of rape' in Sudan - Dabanga Radio TV Online](#)

Amnesty Report Afrika

Der Amnesty-Bericht für Afrika 2023 bietet einen umfassenden Überblick über die Menschenrechtslage auf dem afrikanischen Kontinent. Er beleuchtet verschiedene Themen, darunter politische Repression, Gewalt gegen Frauen, Diskriminierung von Minderheiten und die Situation von Geflüchteten und Migranten. Der Bericht hebt sowohl positive Entwicklungen als auch fortbestehende Herausforderungen hervor und fordert Regierungen auf, ihre Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte zu erfüllen und Reformen durchzuführen, um die Lebensbedingungen aller Menschen auf dem Kontinent zu verbessern.

[Regionalkapitel Afrika 2023 | Amnesty International Report 2023/24 | 24.04.2024](#), [Sudan 2023 | Amnesty International Report 2023/24 | 24.04.2024](#)

Weitere interessante Artikel (April):

[Flagrant rule-breaking by governments and corporate actors](#)

[After a year of war in Sudan, what is the situation now? | Conflict News | Al Jazeera](#)

[Sudan: A Year of War | Crisis Group](#)

[jungle.world - Über Völkermord und seine Instrumentalisierung](#)

[Sudan: A Year of War \(with Comfort Ero\) | Crisis Group](#)

[Sudan Media Forum: 'One year of devastation: Sudan in the grip of war' - Dabanga Radio TV Online](#)

[Ein Jahr Krieg im Sudan: Nieder mit dem Morden! Für Frieden und Freiheit! — Anarchistische Föderation](#)

[Battles between the army and the RSF continue unabated in Sudan - Dabanga Radio TV Online](#)

[The New Humanitarian | How we chronicled a year of conflict in Sudan](#)

[\(9\) Ein Jahr Krieg - Was passiert wirklich im Sudan? | auslandsjournal - YouTube](#)

Mai 2024:

Laut einem Bericht der Vereinten Nationen haben die sudanesischen Rapid Support Forces (RSF) und Milizen im vergangenen Jahr mehr als 160 Frauen und Mädchen unter sklavenähnlichen Bedingungen verschleppt. Der Bericht enthüllt, dass Frauen und Mädchen, die im Bundesstaat Khartum entführt wurden, auf dem Rücksitz von Lastwagen angekettet und in andere Gebiete, insbesondere Darfur, gebracht wurden. Die Vereinten Nationen dokumentierten auch Fälle von konfliktbedingter sexueller Gewalt, darunter Vergewaltigung, Gruppenvergewaltigung, Entführung und Menschenhandel, denen im Jahr 2023 98 Frauen, 18 Mädchen, ein Mann und ein Junge zum Opfer fielen. Der Bericht unterstreicht das mangelnde Vertrauen in das von Straflosigkeit geprägte Justizsystem und die Abwesenheit des Staates in den vom Konflikt betroffenen Gebieten. Rechtsgruppen haben 370 Fälle von Vergewaltigung durch beide Konfliktparteien

dokumentiert, wobei der größte Anteil auf das Konto der paramilitärischen Gruppe im Sudan geht. Die UN berichteten, dass humanitäre Dienstleister, die Opfer unterstützen, von den Konfliktparteien bedroht wurden, weil sie sexuelle Gewalt gemeldet hatten [UN accuses RSF of kidnapping women and girls in Sudan - Sudan Tribune](#)

Der Krieg im Sudan hat ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht und hat das Potenzial, mehr Menschenleben zu fordern als der Ukraine-Krieg und der Nahost-Krieg zusammen. Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und der Iran sind nun in den Konflikt verwickelt. Die VAE beliefern die RSF mit High-Tech-Waffen. Russische Soldaten kämpfen an der Seite der RSF. Der Iran versucht, seinen Einfluss am Roten Meer durch militärische Unterstützung zu stärken, da die Küste des Sudan auf der anderen Seite der von den Huthi-Milizen kontrollierten Gebiete liegt. Die Ukraine hat Hunderte von Militärangehörigen zur Unterstützung des Militärs entsandt. Die RSF gewinnt langsam die Kontrolle und versucht, sich als legitimer Führer des Landes zu etablieren. Es gibt kein „ruhiges Hinterland“, da kleine Gruppen in den kontrollierten Gebieten oft aneinander geraten. [Die Tragödie eines neuimperialistischen Stellvertreterkriegs](#)

Pressefreiheit

Seit der Eskalation vor einem Jahr kämpfen die zwei Kriegsparteien im Sudan um die Deutungshoheit, erklärt Christopher Resch von der Organisation Reporter ohne Grenzen. Gleich zu Beginn besetzten Militärs die Büros des staatlichen Fernsehens. Sie kappten zeitweise Mobilfunknetz und Internetverbindung. Medienmacher wurden verhaftet und entführt. Mindestens zwei Journalisten und eine Journalistin sind nach Recherchen von Reporter ohne Grenzen gezielt getötet worden. [Sudan: Krieg schränkt mediale Berichterstattung weiter ein - ZDFheute](#) ,[Sudanese journalists brave conflict on World Press Freedom Day - Dabanga Radio TV Online](#) , [Medien und Bürgerkrieg im Sudan: Ein von vielen vergessener Konflikt - taz.de](#)

Humanitäre Situation

In seiner jüngsten Warnung zur Ernährungssicherheit im Sudan warnt das Famine Early Warning Systems Network (FEWS NET), dass in Teilen des Landes die Gefahr einer Hungersnot besteht, da der anhaltende Krieg zwischen der sudanesischen Armee und den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) den Zugang zu Nahrungsmitteln für Millionen Menschen gefährdet. Der seit mehr als 12 Monaten andauernde Krieg zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den schnellen Eingreiftruppen (RSF) führt zu einer verheerenden Verschlechterung der akuten Ernährungsunsicherheit im gesamten Sudan, und in Teilen des Landes besteht die Gefahr einer Hungersnot (Integrierte Klassifizierung der Ernährungssicherheitsphase (IPC) Phase 5), so das in Washington ansässige FEWS NET in seinem Sudan Food Security Alert vom Freitag. [FEWS NET Food Security Alert warns of 'Famine \(IPC Phase 5\)' in Sudan - Dabanga Radio TV Online](#) , [Sudan humanitarian response: WFP lauds new EU pledge of €302 mln - Dabanga Radio TV Online](#)
[New refugees from Darfur face dire conditions in Chad - Dabanga Radio TV Online](#)

[Sudan: UN chief denounces blockade of humanitarian corridors by belligerents | Africanews](#)

Menschenrechtsverletzungen

Bei Angriffen der Rapid Support Forces (RSF) und verbündeter Milizen in El Geneina, der Hauptstadt des sudanesischen Bundesstaates West-Darfur, wurden zwischen April und November 2023 mindestens Tausende von Menschen getötet und Hunderttausende zu Flüchtlingen gemacht, so Human Rights Watch in einem heute veröffentlichten Bericht. Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die weit verbreiteten Kriegsverbrechen wurden im Rahmen einer ethnischen Säuberungskampagne gegen die ethnischen Massalit und andere nicht-arabische Bevölkerungsgruppen in und um El Geneina begangen. [Sudan: Ethnic Cleansing in West Darfur | Human Rights Watch](#)

Alle achtzehn (18) Staaten des Sudan sind in unterschiedlicher Weise von dem anhaltenden bewaffneten Konflikt im Sudan betroffen. Der Bundesstaat Süd-Kordofan ist ein landwirtschaftliches Zentrum im südlichen Teil des Sudan. Er grenzt an die Bundesstaaten West-Kordofan, Nord-Kordofan und Weißer Nil und hat eine gemeinsame internationale Grenze mit dem Südsudan. Es liegt außerdem etwa 580 Kilometer von Khartum entfernt. Süd-Kordofan ist einer der reichsten Staaten des Sudan mit Millionen Hektar Anbaufläche, darunter mehr als vier Millionen Hektar Gartenbaubetriebe, und verfügt über die größten Gummiarabikum-Bestände des Landes sowie über die letzten Wälder des Sudan, die durch den anhaltenden Konflikt in Mitleidenschaft gezogen wurden. Als der bewaffnete Konflikt im Sudan ausbrach, wurden mehrere Fabriken in Khartum zerstört, die Versorgungsgüter wie Wasser, Treibstoff und medizinische Produkte herstellten, was ebenfalls zur allgemeinen Destabilisierung der Wirtschaft in Südkordofan beitrug. In dieser Mitteilung hat das Afrikanische Zentrum für Gerechtigkeit und Friedensstudien (ACJPS) Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen gegen die Bewohner des Staates Südkordofan dokumentiert. [CONFLICT AND HUMAN RIGHTS VIOLATIONS IN SOUTH KORDOFAN STATE - ACJPS](#), [One Year into War, Human Rights Violations Continue in Sudanese community. - ACJPS](#)

El-Fasher

Nach Angaben einer Hilfsorganisation wurden in den vergangenen zwei Wochen in einer Großstadt in der sudanesischen Region Darfur mehr als 100 Menschen getötet, da die sudanesischen Streitkräfte (SAF) und verbündete bewaffnete Gruppen in heftige Kämpfe gegen die paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) verwickelt sind.

Mindestens 134 Menschen wurden seit dem 10. Mai in el-Fasher, der Hauptstadt von Nord-Darfur, getötet und mehr als 900 verwundet, teilte Ärzte ohne Grenzen (MSF) am Sonntag mit.

UN und AU müssen schnell handeln, um schwere Menschenrechtsverletzungen in El Fasher zu verhindern

Zu Berichten über eine Eskalation der Gewalt in El Fasher in der sudanesischen Region Nord-Darfur sagte Tigere Chagutah, Regionaldirektorin von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika;

„Zivilisten sind von der eskalierenden Gewalt in der sudanesischen Stadt El Fasher betroffen. Die internationale Gemeinschaft, einschließlich der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen, muss dringend handeln, um Gräueltaten in El Fasher und den umliegenden Dörfern zu verhindern, die Zivilbevölkerung zu schützen und sicherzustellen, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.“

„In El Fasher leben Hunderttausende von Binnenvertriebenen, die vor der Gewalt aus anderen Teilen Darfurs geflohen sind. Der Konflikt fordert einen verheerenden Tribut von der Zivilbevölkerung. Es gibt Berichte über den Beschuss von Wohngebieten, auch im Lager Abu Shouk, was zu Opfern unter der Zivilbevölkerung führt, von denen viele nicht fliehen können.

„Amnesty International fordert, dass alle Konfliktparteien alle absichtlichen und wahllosen Angriffe auf Zivilisten einstellen. Sie müssen auch den ungehinderten und sicheren Zugang für humanitäre Hilfe ermöglichen und die sichere Durchreise für Zivilisten gewährleisten, die versuchen, vor der Gewalt in der Stadt zu fliehen.

„Auf die Übergabe anderer Städte in Darfur an die RSF, wie z. B. El Geneina in West-Darfur im vergangenen Jahr, folgten massive Übergriffe, darunter ethnisch motivierte Angriffe auf nicht-arabische Gemeinschaften, gezielte Tötungen von Zivilisten, sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen und Massaker, die an die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und ethnischen Säuberungen erinnern, die vor zwei Jahrzehnten in Darfur stattfanden. Die internationale Gemeinschaft muss jetzt handeln, bevor es zu spät ist.“ [Sudan: UN and African Union must act swiftly to prevent mass atrocities in El Fasher - Amnesty International](#) , [Renewed clashes in North Darfur capital result in civilian casualties - Sudan Tribune](#), [The New Humanitarian | How El Fasher went from Darfur's safe haven to all-out war](#)

[‘Hell on Earth’ as violence escalates in Sudan’s el-Fasher | Conflict News | Al Jazeera](#)
[More than 100 killed in two weeks of fighting in Sudan’s el-Fasher: MSF | News | Al Jazeera](#)
[El Fasher battles claim 123 lives, displacing thousands to rebel-held area - Sudan Tribune](#)

Der anhaltende Konflikt im Sudan zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den schnellen Eingreiftruppen (RSF) hat landesweit mehr als 14 600 Todesopfer gefordert und mehr als 8 Millionen Menschen vertrieben, von denen fast 2 Millionen in den Nachbarländern Zuflucht suchen. Unterzeichnen Sie die Petition und fordern Sie ein Waffenembargo, um zum Schutz der Zivilbevölkerung beizutragen.

[Sudan | Fordere ein Waffenembargo gegen alle Konfliktparteien | 08.05.2024](#)
[Krieg im Sudan: Massenflucht und Gräueltaten in Darfur - Reportage](#)

Sudan: NGOs fordern die Verlängerung des Mandats der Untersuchungskommission (FFM)

Wir, die unterzeichnenden Nichtregierungsorganisationen, fordern Ihre Delegation auf, eine Resolution des Menschenrechtsrates zu unterstützen, die Folgendes vorsieht:

-das Mandat der FFM um mindestens ein Jahr zu verlängern, damit sie ihre Arbeit fortsetzen kann, mit regelmäßigen Aktualisierungen und interaktiven Dialogen mit dem Menschenrechtsrat; und
-klarstellen, dass der Rat sich weiterhin aktiv mit der Angelegenheit befassen wird, unter anderem durch eine Bewertung der Lage im Sudan und angemessene Reaktionen, die auch eine weitere Verlängerung des Mandats des FFM umfassen könnten.

Darüber hinaus fordern wir den Rat nachdrücklich auf, den Resolutionen S-32/1, 50/1 und S-36/1 Folge zu leisten, indem er den Hohen Kommissar auffordert, mit Unterstützung des von ihm benannten Experten über die 58.Tagung des Rates (Februar-April 2025). Schließlich fordern wir die Staaten nachdrücklich auf, ihre Beiträge an die Vereinten Nationen vollständig und pünktlich zu zahlen, um die Liquiditätskrise zu lösen und es dem FFM für den Sudan, anderen unabhängigen Untersuchungen und Menschenrechtsgrämien und -mechanismen zu ermöglichen, ihre jeweiligen Mandate zu erfüllen, auch durch die Vorlage von Ergebnissen

und Berichten, die von zwischenstaatlichen Gremien wie dem Menschenrechtsrat angefordert werden.

[Sudan: Extend the Fact-Finding Mission's mandate - Amnesty International](#) , [Sudan: Rights Groups Urge UN Human Rights Council to Extend Sudan Fact Finding Mission | Human Rights Watch](#)

Das African Centre for Justice and Peace Studies (ACJPS) dokumentierte zuvor Vorfälle, bei denen vierzehn Frauen und Mädchen aus den Binnenvertriebenenlagern Kalma und Utash im Bundesstaat Süd-Darfur sexuell vergewaltigt wurden. Eine Nachuntersuchung mit den Opfern ergab, dass sechs von ihnen schwanger wurden, weil sie keine medizinische Hilfe in Anspruch nahmen. Drei weitere Opfer, zwei aus dem Lager Kalma und eines aus dem Lager Utash, wurden abgetrieben. [Sudan War: A surge of unwanted pregnancies as a result of sexual violence - ACJPS](#)

El-Geneina

Von Ende April bis Anfang November 2023 führten die RSF und verbündete Milizen eine systematische Kampagne durch, um ethnische Massalit-Bewohner wie Ali aus El Geneina zu vertreiben, wo eine ethnisch gemischte Bevölkerung von etwa 540.000 Menschen lebt, auch durch Tötung. Die Gewalt begann am 24. April und setzte sich schrittweise über sieben Wochen fort, wobei sie Mitte Juni ihren Höhepunkt erreichte und im November noch einmal anstieg. Das Massaker, das Ali überlebte, war nur eines in einer Flut von Gräueltaten, die die RSF und verbündete Milizen, die überwiegend aus arabischen Darfuri-Gruppen bestehen, seit dem Ausbruch des Konflikts zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und der RSF am 15. April 2023 in El Geneina und West-Darfur im Allgemeinen verübt haben.

["The Massalit Will Not Come Home": Ethnic Cleansing and Crimes Against Humanity in El Geneina, West Darfur, Sudan | HRW](#)

Willkürliche Haft und Folter

In diesen Tagen kommt es zu einer neuen Welle ungerechtfertigter Verhaftungen von unbewaffneten Sudanesen, die nicht an dem mehr als 11 Monate alten bewaffneten Konflikt beteiligt sind. In der vergangenen Woche häuften sich Nachrufe in den sozialen Medien und Erklärungen, in denen die Folterung und Ermordung sudanesischer Aktivisten und Freiwilliger durch Mitglieder der Rapid Support Forces (RSF) und des militärischen Geheimdienstes der sudanesischen Streitkräfte (SAF) verurteilt wurden. [Unlawful detentions and extrajudicial killings of activists continue in war-torn Sudan - Dabanga Radio TV Online](#)

Juni 2024:

Willkürliche Inhaftierung/Todesstrafe

Das Gericht von Ed Damazin in der Region Blue Nile hat am Montag ein Todesurteil gegen den Beamten El Habib Eisa verhängt, nachdem er der "Untergrabung der verfassungsmäßigen Ordnung" beschuldigt worden war. Am Sonntag wurde eine junge Frau in Port Sudan, der Hauptstadt des Staates am Roten Meer, zum Tode verurteilt, weil sie angeblich mit der RSF kooperiert hatte. [Sudanese man and woman sentenced to death - Dabanga Radio TV Online](#)

Während der Krieg zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF) im 14. Monat wütet, gehen das gewaltsame Verschwindenlassen und die Inhaftierung von Aktivisten, Freiwilligen aus der Nachbarschaft und Fachleuten, insbesondere Rechtsanwälten, unvermindert weiter. Da

beide Kriegsparteien Zivilisten beschuldigen, sich mit der Opposition zu verbünden, wächst die Gefahr für diejenigen, die sich gegen den Krieg aussprechen. Der Menschenrechtsverteidiger Amir Suleiman sprach mit Radio Dabanga über die Auswirkungen dieses "Kriegs mit der Gerechtigkeit". [Rulings without lawyers: Sudan's legal professionals detained - Dabanga Radio TV Online](#)

Massaker in Wad Madani

5. Juni 2024 (WAD MADANI)- Die Widerstandskomitees der Nachbarschaft von Madani gaben am Mittwoch bekannt, dass die schnellen Eingreiftruppen (RSF) das Dorf Wad Al-Noora in der Ortschaft 24 Al-Qurashi im Bundesstaat Al-Jazira gestürmt und dabei fast 100 Menschen getötet haben. [RSF commits massacre in Al-Jazirah village, leaving nearly 100 dead - Sudan Tribune](#), ['Up to 100' killed in RSF attack on Sudan village: Activists | Conflict News | Al Jazeera](#), [Massaker in Sudan: Hunderte Leichen in Weiß - taz.de](#)

El Fasher

Nach einem Angriff der RSF am 09.06.24 war das letzte funktionale Krankenhaus in der Stadt El Fasher, das South Hospital, gezwungen, seine Arbeit zumindest vorerst einzustellen. Im Rahmen des Angriffs stürmten Soldaten der RSF das Gebäude, griffen Patientinnen und Patienten, Besuchende und Mitarbeitende an, raubten Geld, Mobiltelefone, Medikamente und einen Krankenwagen. Zudem soll eine nicht genannte Zahl von Besuchenden entführt worden sein. Nach heftigen Kämpfen konnten die Angreifer zurückgedrängt werden. Seit dem 10.05.24 wurde das South Hospital immer wieder Schauplatz von Kämpfen zwischen SAF und RSF, wobei es bisher nicht zum Einsatz von Waffen innerhalb des Krankenhauses kam. Im Norden der Stadt El Fasher wurde ein Camp für intern vertriebene Personen am 06.06.24 durch Kräfte der RSF mit Artillerie beschossen. Medienberichten zufolge sind dabei vier Personen getötet worden. Das Camp geriet seit mehreren Wochen immer wieder unter Beschuss. Aufgrund der anhaltenden Angriffe seien Schätzungen zufolge 85 % der Bevölkerung der nördlichen Stadtteile El Fashers aus ihren Vierteln geflohen und hätten entweder im Süden der Stadt oder in Richtung Libyen Schutz gesucht.

Briefing Notes BAMF vom 11.6.24 [Sudan paramilitary RSF targets last operating hospital in Darfur | Conflict News | Al Jazeera](#)

Internationales

15. Juni 2024 (NEW YORK) - Der Sudan hat den UN-Sicherheitsrat aufgefordert, die bestehenden Sanktionen im Zusammenhang mit Darfur auf die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und den Tschad auszuweiten. Er wirft ihnen vor, gegen UN-Resolutionen zu verstoßen, insbesondere gegen das 2005 gegen die Region verhängte Waffenembargo.

[Sudan urges Security Council to impose sanctions on UAE, Chad over Darfur arms violations - Sudan Tribune](#)

Flüchtlingssituation

Die Behörden im ägyptischen Assuan haben am vergangenen Mittwoch Hunderte von Sudanesen abgeschoben und an den Grenzübergang Argeen zum Sudan zurückgeschickt. Die legale Einreise nach Ägypten wurde durch mehrere bürokratische Hürden erschwert, was von einigen als bewusster Versuch angesehen wurde, den Zustrom sudanesischer Flüchtlinge nach Ägypten zu begrenzen.

Nach Angaben von Deportierten, die mit Radio Dabanga und anderen Quellen sprachen, wiesen die Behörden in Assuan mehr als 16 Busse mit Sudanesen auf dem Weg nach Kairo zurück. "In jedem Bus befanden sich durchschnittlich 60 Passagiere, darunter Kinder, Frauen und ältere Menschen. Die Abgeschobenen berichteten, dass sie während der Reise mit harten humanitären Bedingungen konfrontiert waren, wobei hohe Temperaturen und unzureichende Nahrungsmittel und Getränke ihr Leiden noch verschlimmerten. "Viele der Deportierten hatten chronische Krankheiten oder waren erst kürzlich operiert worden", erklärte eine Person, die aus Sicherheitsgründen anonym bleiben wollte. [Egypt deports more Sudanese, as bureaucracy makes asylum 'nearly impossible' - Dabanga Radio TV Online](#) ,

Ägypten: Sudanesischen Geflüchteten drohen Haft und Abschiebung /Urgent Action

In Ägypten werden Menschen, die vor dem Konflikt aus dem Sudan fliehen, in hohen Zahlen willkürlich festgenommen und rechtswidrig abgeschoben. Die Festgenommenen werden bis zu sechs Wochen unter grausamen und unmenschlichen Bedingungen festgehalten, bevor sie in den Sudan abgeschoben werden, obwohl dort ein Konflikt tobt. Die Betroffenen haben weder die Chance auf ein ordnungsgemäßes Verfahren mit einer individuellen Risikobewertung noch die Möglichkeit, Asyl zu beantragen. Laut Schätzungen des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) waren allein im September 2023 rund 3.000 Menschen betroffen. Zehntausenden sudanesischen Staatsangehörigen droht weiterhin die Abschiebung. [Egypt: Authorities must end campaign of mass arrests and forced returns of Sudanese refugees - Amnesty International](#)

Hier geht es zur Urgent Action: [Ägypten | Sudanesische Flüchtlinge | Haft und Abschiebung | 19. Juni 2024](#)

[Egypt: "Handcuffed like dangerous criminals": Arbitrary detention and forced returns of Sudanese refugees in Egypt - Amnesty International](#)

Während die Weltgemeinschaft am Donnerstag, dem 20. Juli, den Weltflüchtlingstag* begeht, leiden Millionen von sudanesischen Bürgern unter einer schweren humanitären Katastrophe, insbesondere seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den paramilitärischen Schnellen Unterstützungskräften (Rapid Support Forces) im April 2023. Mehr als sieben Millionen Menschen sind innerhalb des Sudans vertrieben worden, und mehr als zwei Millionen sind als Flüchtlinge über internationale Grenzen in die Nachbarländer geflohen. Viele von ihnen müssen täglich Hunger leiden, und das Gespenst einer noch größeren Hungersnot wird immer größer.

[UN World Refugee Day: Sudan's dire displacement disaster - Dabanga Radio TV Online](#)

(TRIPOLI)- Mehr als 40.000 sudanesische Flüchtlinge und Asylsuchende sind nach dem Ausbruch des Konflikts im Sudan in Libyen eingetroffen, so die Vereinten Nationen.

In einer Erklärung des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP) wird vor einer drohenden humanitären Katastrophe gewarnt, wenn den Bedürftigen nicht schnellstens Hilfe geleistet wird. Dringend benötigt werden, so die Agentur in ihrem jüngsten Bulletin, Gesundheitsdienste und psychologische Betreuung, Nahrungsmittel, Unterkünfte, Haushaltswaren für Obdachlose und logistische Unterstützung. [Sudan conflict forces more than 40,000 people into Libya - Sudan Tribune](#)

Der Konflikt im Sudan hat mehr als 600.000 Flüchtlinge, vor allem Frauen und Kinder, gezwungen, in den Tschad zu fliehen, so das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) am Dienstag, berichtet die Agentur Anadolu.

In einer Erklärung bezeichnete das UNHCR die humanitäre Krise im Osten des Tschad als "kritisch" und forderte dringende internationale Unterstützung für die sudanesischen Flüchtlinge entlang der Grenze zum Tschad [Over 600,000 refugees flee Sudan to Chad amid conflict: UN agency – Middle East Monitor](#)

Eine große Gruppe sudanesischer Flüchtlinge, die seit zwei Monaten in einem Wald in einer vom Konflikt betroffenen Region im benachbarten Äthiopien festsitzt, ist mit "katastrophalen" Lebensbedingungen und anhaltenden Angriffen durch lokale Milizionäre und Banditen konfrontiert [The New Humanitarian | Sudanese refugees trapped in Ethiopian forest call for 'immediate evacuation'](#)

Humanitäre Situation

Eine Gruppe von 60 zivilgesellschaftlichen Organisationen* hat sich äußerst besorgt über die katastrophale humanitäre Lage im Sudan geäußert und "an die Weltgemeinschaft appelliert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Millionen von gefährdeten Zivilisten in Not zu schützen und eine drohende humanitäre Tragödie abzuwenden". In einer gemeinsamen Erklärung, die am Freitag in der ugandischen Hauptstadt Kampala veröffentlicht wurde, rufen die Organisationen die internationale Gemeinschaft dazu auf, "die am 15. April 2024 in Paris gemachten finanziellen Zusagen dringend einzuhalten" und die Gebergemeinschaft aufzufordern, zusätzliche Mittel für die humanitäre Arbeit bereitzustellen [Sudan humanitarian crisis: Donors urged to honour April 15 Paris pledges - Dabanga Radio TV Online](#) , [Krieg im Sudan: Hungern, wo die Waffen schweigen | WOZ Die Wochenzeitung](#)

In 14 Gebieten des Sudan besteht die Gefahr einer Hungersnot, wenn der Konflikt zwischen den militärischen Fraktionen eskaliert, so ein globaler Hungerwächter, der feststellte, dass das Land mit dem "schlimmsten Grad an akuter Ernährungsunsicherheit" konfrontiert ist, der je in diesem Land verzeichnet wurde.

In der am Donnerstag veröffentlichten Bewertung der Integrierten Klassifizierung der Ernährungssicherheitsphase (IPC) heißt es, dass nach mehr als einem Jahr Krieg etwa 755.000 Menschen von einer "Katastrophe", der schwersten Stufe des extremen Hungers, betroffen sind, während 8,5 Millionen Menschen, d. h. 18 % der Bevölkerung, mit einer Nahrungsmittelknappheit zu kämpfen haben, die zu akuter Unterernährung und Tod führen könnte. [Over 750,000 people in Sudan at risk of starvation: Global hunger monitor | Humanitarian Crises News | Al Jazeera](#) , [Sudan is Starving. Now What? | Crisis Group](#) , [Using starvation as a weapon of war in Sudan must stop: UN experts | OHCHR](#) , [Perthes: Humanitäre Katastrophe im Sudan - ZDFheute](#) , [Sudan steht vor einer beispiellosen Hungerkatastrophe](#)

Unbekannte bewaffnete Männer haben am Sonntag im Sudan Lastwagen des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP) angegriffen, die Lebensmittel für Tausende von bedürftigen Zivilisten in Zentral-Darfur transportierten, berichtete die Agentur.

[Sudan: UN food convoy attacked, supplies looted amid worsening crisis - Sudan | ReliefWeb](#)

Kriegsverbrechen

Nach Angaben des Centre for Information Resilience (CIR), einer gemeinnützigen Organisation, die Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen aufdeckt, haben Satellitenbilder seit Ausbruch des Krieges am 15. April 2023 mehr als 235 Brände in Städten und Dörfern im Sudan gezeigt. Ärzte, die in El Fasher arbeiten, haben vor einem Mangel an Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe gewarnt, da El Fasher weiterhin belagert wird. [Investigation: Satellite imagery shows over 50 villages repeatedly scorched](#)

[in Darfur - Dabanga Radio TV Online, Sudan War: Hundreds killed, several others injured and massive destruction of property in Khartoum State - ACJPS](#)

Auf seiner 1218. Sitzung am Freitag in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba schlug der Friedens- und Sicherheitsrat (PSC) der Afrikanischen Union (AU) die Einberufung eines außerordentlichen Gipfels vor, um die Lage im Sudan zu erörtern. Er betonte die Notwendigkeit, den Schutz der Zivilbevölkerung im Sudan zu gewährleisten, und forderte die AU-Kommission auf, in Abstimmung mit der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker (ACHPR) Untersuchungen durchzuführen und Empfehlungen für praktische Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung abzugeben. [Sudan war: African Union Peace and Security Council to muster emergency summit - Dabanga Radio TV Online, African Union PSC calls to hold emergency summit on Sudan war - Sudan Tribune](#)

Amnesty International begrüßt den in dieser Woche stattfindenden Dialog des Menschenrechtsrates mit der Untersuchungskommission (FFM) für den Sudan. Der Konflikt im Sudan verursacht weiterhin massive Menschenrechts-, Vertreibungs- und humanitäre Krisen. Seit April letzten Jahres wurden über 16.000 Menschen getötet und fast 9 Millionen Menschen vertrieben, was den Sudan zur weltweit größten internen Vertreibungskrise macht. Amnesty International schließt sich 75 anderen Organisationen an und fordert den Rat auf, das Mandat des FFM um mindestens ein Jahr zu verlängern, damit dieser seine wichtige Arbeit fortsetzen kann. [PUBLIC STATEMENT ON THE OCCASION OF THE HUMAN RIGHTS COUNCIL'S INTERACTIVE DIALOGUE WITH THE FACTFINDING MISSION ON SUDAN, DURING THE COUNCIL'S 56TH SESSION - Amnesty International](#)

Südsudan

Februar/März 2024:

Im Südsudan soll in diesem Jahr erstmals gewählt werden. Doch der Urnengang droht von Gewalt überschattet zu werden – sollte er überhaupt stattfinden. [Afrika: Südsudan droht vor den Wahlen eine Eskalation der Gewalt | IPG Journal](#)

Südsudan am Abgrund, nachdem die Ölexporte durch den sudanesischen Bürgerkrieg zum Erliegen gekommen sind

Nach Ansicht von Experten könnte ein Stillstand der Ölproduktion die ohnehin schon akute Gewalt und Unsicherheit im Südsudan weiter verschärfen.

[South Sudan on the brink after oil exports derailed by Sudan's civil war | Salva Kiir News | Al Jazeera](#)

Südsudanesische Regierung distanziert sich von Bürgern, die im Sudan kämpfend festgenommen wurden
Die südsudanesische Regierung hat sich am Freitag von südsudanesischen Staatsbürgern distanziert, die im Sudan verhaftet worden sein sollen, als sie auf der Seite der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) gegen die sudanesischen Streitkräfte kämpften.

[South Sudan government distances itself from citizens arrested fighting in Sudan | Radio Tamazuj](#)

Die Zahl der von Gewalt betroffenen Menschen im Südsudan ist nach Angaben der Vereinten Nationen in den letzten drei Monaten des Jahres 2023 aufgrund von Konflikten zwischen den Volksgruppen um 35 Prozent gestiegen.

Die UN-Mission im Südsudan (UNMISS) dokumentierte 233 Gewaltvorfälle, von denen 862 Menschen betroffen waren. In einem am Montag veröffentlichten Bericht heißt es, dass 406 Menschen getötet, 293 verletzt, 100 entführt und 63 Opfer von konfliktbedingter sexueller Gewalt wurden. [UN reports 35 percent increase in people affected by South Sudan violence | Conflict News | Al Jazeera](#) [What will it take to end hunger and malnutrition in South Sudan? | Poverty and Development | Al Jazeera](#)

Der Leiter der Mission der Vereinten Nationen im Südsudan (UNMISS), Nicholas Haysom, sagte, der Krieg im Sudan habe auf den Südsudan übergegriffen.

In einem Gespräch mit Reportern in Juba sagte Haysom am Dienstag, es gebe Anzeichen dafür, dass im Südsudan Rekrutierungen durch die im Sudan beteiligten Parteien stattfände [Sudan conflict spilling to South Sudan, UN official warns - Sudan Tribune](#)
[Machar: Sudan's escalating conflict poses spillover threat to South Sudan - Sudan Tribune](#)
[Sudan's Conflicts: Destabilizing South Sudan - Sudan Tribune](#)

April 2024:

Bei bewaffneten Angriffen von Viehdieben auf zwei Dörfer im Südsudan sind Behörden zufolge gestern mindestens 24 Menschen ums Leben gekommen. Mitglieder der Volksgruppe Murle hätten zunächst die Ortschaft Walgak im Bundesstaat Jonglei angegriffen. [24 Tote bei Angriffen auf zwei Dörfer im Südsudan - news.ORF.at](#) [At least 12 killed, 15 children missing in South Sudan attack | Reuters](#)

Amnesty International fordert die südsudanesischen Behörden auf, das Schicksal und den Aufenthaltsort des ehemaligen Bürgermeisters von Juba, Kalisto Lado, bekannt zu geben. Sie sollten auch die Gründe für seine Inhaftierung bekannt geben, falls er sich in Gewahrsam befindet, und ihn unverzüglich freilassen, es sei denn, es kann eine rechtmäßige Grundlage für seine Inhaftierung nachgewiesen werden.

<https://www.amnesty.org/en/documents/afr65/7967/2024/en/>

Amnesty International ist besorgt über die Forderungen der Regierung des Südsudan auf der laufenden 55. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats (HRC), die Menschenrechtskommission im Südsudan (CHRSS) solle Beweise und Namen von Personen und Einrichtungen, die Menschenrechtsverletzungen im Land vorgeworfen werden, weitergeben. Begründet wird das Ersuchen damit, dass die "Regierung die Beweise auswerten soll, um sie im Rahmen der Rechenschaftspflicht zu behandeln".

Da die Behörden es versäumt haben, ein Opfer- und Zeugenschutzprogramm einzurichten, könnte die Weitergabe der vom CHRSS dokumentierten Beweise an die Regierung die Zeugen in Gefahr bringen.

[South Sudan: UN Human Rights Council should extend the mandate of the CHRSS and protect the documentation of evidence related to human rights violations. - Amnesty International](#)

Im Vorfeld der 55. Tagung des Menschenrechtsrates haben über 90 Menschenrechtsorganisationen den UN-Menschenrechtsrat schriftlich aufgefordert, das Mandat der UN-Menschenrechtskommission für den Südsudan (CHRSS) zu verlängern. In dem Schreiben vertraten die Organisationen die Auffassung, dass angesichts der Vorbereitungen des Südsudans auf die Parlamentswahlen eine internationale Kontrolle durch die Menschenrechtskommission nach wie vor unerlässlich sei, vor allem, da die Bedingungen für eine freie, faire und sichere Wahl nicht gegeben seien.

Bei ihrem zwölften Besuch im Südsudan forderte die CHRSS die südsudanesische Führung auf, den Abstieg in die Gewalt zu verhindern und die Menschenrechte in den Mittelpunkt zu stellen, während sie den

Übergang des Landes zu einer demokratischen Regierung vorantreibt, und wies darauf hin, dass die Aufstellung einer einheitlichen nationalen Armee und Prozesse der Übergangsjustiz zur Aufarbeitung vergangener Rechtsverletzungen, wie im wiederbelebten Friedensabkommen von 2018 vorgesehen, unerlässlich sind.

Mai 2024:

Nairobi) - Das Wiederauftauchen eines ehemaligen Flüchtlings vor einem südsudanesischen Gericht, der vor mehr als einem Jahr gewaltsam verschwunden war, macht deutlich, dass der Nationale Sicherheitsdienst (NSS) dringend reformiert werden muss, erklärte Human Rights Watch heute. Die südsudanesischen Behörden sollten dringend die willkürlichen Verhaftungen und Inhaftierungen von Kritikern, Aktivisten und Mitgliedern der Zivilgesellschaft durch den NSS beenden, von denen einige dem Verschwindenlassen gleichkommen, ein Zeichen für einen beunruhigenden Rückschritt in der Menschenrechtslandschaft des Landes. [South Sudan: 'Disappeared' Critic Resurfaces | Human Rights Watch](#)

Nach 13 Jahren Bürgerkrieg ist der [Südsudan immer noch ein extrem gefährlicher Ort](#) für Journalisten, die ihren Beruf ohne staatliche Eingriffe ausüben wollen. Für Journalisten ist es höchst riskant, sich mit ihren Kameras in der Öffentlichkeit zu bewegen oder Interviews zu führen, selbst auf Marktplätzen. [Journalisten in Südsudan: Die Hölle auf Erden](#)

Seit Ausbruch des Krieges im Sudan vor einem Jahr sind mehr als eine halbe Million Menschen über verschiedene Grenzübergänge in den Südsudan gelangt. [Thousands of desperate people still fleeing Sudan's war into South Sudan | Africanews](#)

Der UN-Sicherheitsrat stimmte am Donnerstag für die Verlängerung des Waffenembargos gegen den Südsudan, obwohl das jüngste Land der Welt darum gebeten hatte, die restriktive Maßnahme aufzuheben. [UN extends arms embargo on South Sudan | Radio Tamazuj](#)

Die Zahl der tödlichen Angriffe auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen war im vergangenen Jahr im Südsudan so hoch wie nie zuvor. Daten zeigen, dass dieses Land immer wieder zu den gefährlichsten Orten der Welt für humanitäre Helfer zählt. Hilfsorganisationen verkennen jedoch häufig die Risiken, denen ihre südsudanesischen Mitarbeiter ausgesetzt sind - die den überwiegenden Teil der Gewalt erleben - und tragen in einigen Fällen sogar zu dem Problem bei. [The New Humanitarian | Why is South Sudan so dangerous for local aid workers?](#)

Juni 2024:

Die Behörden im Südsudan müssen der Anweisung des Justizministers des Landes nachkommen und den Regierungskritiker Morris Mabior Awikjok Bak, der seit mehr als 400 Tagen willkürlich festgehalten wird, unverzüglich freilassen, so Amnesty International.

Nachdem Morris Mabior Awikjok Bak am 4. Februar 2023 in Kenia willkürlich festgenommen worden war, wurde er am folgenden Tag gewaltsam in den Südsudan zurückgebracht, wo er im Blauen Haus, dem Hauptquartier des Nationalen Sicherheitsdienstes (NSS) in Juba, festgehalten wird. Im April 2024 wurde er wegen Verleumdung gegen den Generaldirektor des NSS, Akol Koor Kuc, angeklagt. Obwohl er im selben

Monat gegen Kaution freigelassen wurde, hält ihn der NSS weiterhin unter dem Vorwand fest, gegen ihn wegen Verbrechen gegen den Staat zu ermitteln. Am 10. Juni ordnete Justizminister Ruben Madol Arol die Freilassung von Morris Mabior an und ließ die Anklage wegen "Beleidigung des Präsidenten und Untergrabung der Autorität des Staatsschefs" fallen.

Morris Mabior Awikjok Bak wurde nach seiner Verhaftung mindestens drei Monate lang in Isolationshaft gehalten, wo er nach Angaben von Familienangehörigen Einzelhaft, Folter und anderen Misshandlungen ausgesetzt war. [South Sudan: National Security Service must immediately release arbitrarily detained dissident - Amnesty International](#)

UN verstärkt Bemühungen zur Erhaltung des Friedens im Südsudan [UN steps up efforts to maintain peace in South Sudan's - The East African](#)

Die südsudanesische Opposition und zivilgesellschaftliche Gruppen, die derzeit in Nairobi mit der Regierung über ein politisches Abkommen verhandeln, wollen, dass die Gespräche zu einer neuen Verfassung führen, damit das Land mit einer neuen Grundlage beginnen kann. [South Sudan opposition groups push for new constitution - The East African](#)

Letzte Woche haben die Behörden im Bundesstaat Jonglei einen Fotojournalisten der staatlichen South Sudan Broadcasting Corporation festgenommen, weil er sich an Protesten gegen die Lebenshaltungskosten und die Nichtzahlung von Beamtengehältern beteiligt hatte. Medienberichten zufolge wurde Aleu Anyieth von Agenten der Polizei und des Nationalen Sicherheitsdienstes (NSS) aus seinem Haus in Bor, der Hauptstadt des Bundesstaates Jonglei, abgeholt, aber sein Aufenthaltsort ist auch fünf Tage später noch unbekannt, so dass die Möglichkeit besteht, dass er gewaltsam verschwunden ist. Glaubwürdigen Quellen zufolge wird er beschuldigt, die Proteste organisiert zu haben. [South Sudan's Authorities Show Their Aversion to Criticism Yet Again | Human Rights Watch](#)